

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
anderen Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 130.

53. Jahrgang.
Dienstag, den 6. November

1906.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit erneut zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienstlich verboten ist:

- 1) jede Beteiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Geldsammlungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubnis erteilt ist,
- 2) jede Anderen erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausrufe, Gesänge oder ähnliche Kundgebungen,
- 3) das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften, sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale.

Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres dienstlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in Kasernen oder anderen Dienstlokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten.

Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Übungen eingezogenen und für die zu Kontrollversammlungen einberufenen Personen des Beurtaubtenstandes, die gemäß § 6 des Militärstrafgesetzbuches und § 38 B 1 des Reichs-Militärstrafgesetzes bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung bzw. der Kontrollversammlung den Vorschriften des Militärstrafgesetzbuches unterstehen.

Dresden, den 29. Oktober 1906.

Kriegsministerium.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit erneut zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften dienstlich verboten ist, sich auf Veranlassung von Zivilpersonen mit dem Betrieb von Druckwerken und Waren innerhalb von Truppenteilen oder Behörden — seien dies ihre eigenen oder fremde — zu befassen.

Den Unteroffizieren und Mannschaften ist zugleich befohlen, von jeder seitens einer Zivilperson an sie ergehenden Aufforderung zum Betrieb von Druckwerken oder Waren ihren Vorgesetzten Meldung zu machen.

Dresden, den 29. Oktober 1906.

Kriegsministerium.

Konkursverfahren.

Im Konkursverfahren über das Vermögen des Handelsmanns und Schuhmachers

Karl Ernst Krauss in Unterflüngen wird zur Beschlußfassung über die Veräußerung und bez. Freigabe der zur Masse gehörigen Grundstücke auf Antrag des Konkursverwalters auf den

17. November 1906, vormittags 10 Uhr
eine Gläubigerversammlung vor das unterzeichnete Konkursgericht berufen.
Königliches Amtsgericht Eibenstock,
am 1. November 1906.

Montag, den 12. und Dienstag, den 13. November 1906

bleiben die **Matserpeditionen** vorzunehmender Reinigung halber **geschlossen**.

Im **Standesamte** werden Anmeldungen von **Geburts- und Sterbefällen** vor-
mittags von 9 bis 10 Uhr entgegengenommen.

Das **Schauamt** ist von **5—6 Uhr nachmittags** geöffnet.

Stadtrat Eibenstock, den 3. November 1906.

Seffe.

M.

Die **Nrn. 120 und 138** des Verzeichnisses der unter das **Schaustättenverbot** gestellten Personen sind zu **streichen**.

Stadtrat Eibenstock, den 3. Novbr. 1906.

Seffe.

Mrt.

Aus Anlaß der im Dezember ds. Js. hier vorzunehmenden **Gemeinderats-Ergänzungs-wahlen** werden die Listen der stimmberechtigten und wählbaren Gemeindeglieder **vom 10. dieses Monats ab 14 Tage** während der gewöhnlichen Geschäftsstunden im hiesigen **Gemeindeamte** — Zimmer Nr. 10 — zur Einsichtnahme ausliegen.

Es wird dies hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß Einsprachen gegen die Richtigkeit der Wahllisten bis zum Ende des siebenten Tages nach Beginn der Auslegung bei dem **Gemeindevorstande** zu erheben sind.

Schönheide, am 3. November 1906.

Der Gemeinderat.

Haupt, Gemeinde Vorstand.

Spiegelbilder und Wirklichkeiten.

Das neue Ministerium Clemenceau tritt mit einer programmatischen Erklärung vor die Deputiertenkammer. In der Stelle über die auswärtige Politik wird gesagt, daß Frankreich, treu seinem Bündnis und seinen Freundschaften, eine friedliche Politik treiben, aber in der Ausbildung seiner Wehrkraft zu Wasser und zu Lande fortfahren werde. Die öffentliche Meinung in Frankreich stimmt hiermit ohne Zweifel überein, insbesondere billigt sie es, daß zum Ersatz des Kräfteverlustes des russischen Verbündeten das heraldische Einvernehmen (entente cordiale) mit England geschlossen wurde.

Die Opposition hiergegen ist gegenwärtig viel schwächer an Einfluß als an Gründen. Deutlich hervor wagt sie sich nur in dem „Elcair“, dem früheren Organ des Generalstabs und der Bewegung gegen Dreyfus. Der Gedankengang seines Redakteurs Ernest Judet ist ungefähr folgender: Die auf Erhaltung des sieghaft Errungenen gerichtete Kontinentalpolitik des Fürsten Bismarck konnte nicht fortgesetzt werden, die wachsende Bevölkerung und die große Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte in Deutschland drängten nach außen. Der Osten und der Westen waren durch den Zweibund, der Süden durch die Allianz mit Oesterreich-Ungarn versperrt, blieb also nur der Norden, das Meer. Der Augenblick, als Deutschland hinausging aufs Meer und hier der Mißgunst Englands begegnete, ungefähr vor zehn Jahren, als Frankreich noch eine schöne Armee und ein gutes festländisches Bündnis besaß, wäre der richtige gewesen, um den Revanchekrieg in Szene zu setzen. Aber die günstige Zeit wurde mit inneren Kämpfen, Ministerstürzen, Armeestandalen veräußert. Wenn man wenigstens noch Deutschland in seinen überseeischen Bestrebungen unterstützte hätte, um sich um so sicherer an der Vogelfengrenze zu fühlen! Statt dessen hörte man auf englische Einflüsterungen. Nach seiner alten Gewohnheit sah sich England nach einer Kontinentalmacht um, welche geeignet und geneigt wäre zu einer den maritimen Ausgang Deutschlands hindernden Gruppenbildung. Frankreich erschien ihm als die einzige Macht, deren Leichtgläubigkeit Spiegelbilder für Wirklichkeit nahm. Kaschoda, die Buren wurden vergessen. Statt den germanischen Drang sich übers Meer entfernen zu lassen, zog man ihn zurück gen Westen. Und nun fragt es sich, ob man den Revanchekrieg, den man zur Zeit eines wirksamen Bündnisses veräußerte, jetzt zum Vergnügen und nach den Bedürfnissen eines neuen Alliierten führen will, der nicht in der Lage ist, Frankreich zu Lande eine wirkliche Hilfe zu leisten.

Sind diese Ansichten auch nicht die des leitenden Ministers Clemenceau, so bleibt es doch bemerkenswert, mit welcher Bestimmtheit sie vorgetragen werden. Auch sie gehen darauf hinaus, Frieden zu halten, aber nicht um des Friedens willen, sondern weil Friedensbruch für Frankreich gefährlich wäre und den in allen französischen Herzen schlummernden Revanchegedanken wahrscheinlich nicht erfüllen würde.

Für uns ergibt sich daraus die Notwendigkeit, durch unsere eigene Stärke die Furcht vor dem Risiko wach zu erhalten.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die angebliche „Staatsstreich“-Absicht des Fürsten Bismarck, welche nach Professor Delbrück 1890 bestanden haben soll, weisen die „Hamburger Nachrichten“ in einer sehr entschiedenen Weise zurück, indem sie bemerken: „Wir haben während acht Jahre zu Duzenden von Malen Gelegenheit gehabt, des Fürsten Bismarck Ansichten über das Reichstagswahlrecht, sowie über die Möglichkeit seiner Beseitigung zu vernehmen, glauben auch über die Beschichte und Gründe der Entlassung des Fürsten so genau unterrichtet zu sein, wie irgend jemand in der Welt. Gestützt hierauf erklären wir, daß, solange Herr Professor Delbrück nicht die Namen seiner Gewährsmänner nennt, wir seine Angaben, weil sie im flagranten Widerspruch zu dem stehen, was wir aus des Fürsten eigenem Munde wissen, als eine böswillige Erfindung ansehen müssen. Fürst Bismarck war für die Ausmerzung der geheimen Abstimmung des gültigen Reichstagswahlrechts, nicht aber für dessen Beseitigung, und noch viel weniger hat er deshalb Rückkehr ins Amt erstrebt, die ihm überhaupt jederzeit vollständig fern gelegen hat, schon weil er sich nicht zum zweiten Male einer „Ex-mission“, wie der vom März 1890, aussetzen wollte.“

— Zum Kapitel Verteuerung der Viehpreise durch den Zwischenhandel wird der Kölnischen Zeitung von zuständiger Seite mitgeteilt, daß beispielsweise auf dem Kölner Viehhof insgesamt 200000 Mk. für Viehkommissionsgebühren verausgabt werden, die in erster Linie die Metzger, in letzter aber die Fleischverzehrer aufzubringen haben. Die Metzger können sich dessen nicht wehren, da die Kommissionäre einen förmlichen Ring gebildet haben, der es ihnen ermöglicht, jedes Trintgeld zu zahlen. Andererseits haben die Vermittler sich gegenseitig verpflichtet, hohe Vertragsstrafen zu zahlen, wenn sie Vieh ohne solche Gebühren abgeben. Die Kölnische Zeitung meint, hiermit wären Zustände aufgedeckt, die einen Wandel dringend erfordern. Es sei Sache des Publikums, gegen diese Fleischverteuerung vorzugehen.

— Eine außerordentliche Viehzählung soll in Preußen am 1. Dezbr. 1906 stattfinden, um schon jetzt darüber klar zu sehen, ob der zur Zeit wenigstens in dem größten deutschen Bundesstaate vorhandene Viehstand dem Ernährungsbedürfnisse der rasch gewachsenen Bevölkerung Genüge zu leisten vermag. Sie soll sich nur auf Pferde, Rinder, Schafe und Schweine erstrecken und von jeder dieser Viehgattungen nur die wesentlichsten Unterabteilungen erfassen.

— Als neues sozialdemokratisches Kampfmittel sollen Demonstrationstreiks dienen. Unter den Vertrauensleuten der sozialdemokratischen Organisationen ist ein

Rundschreiben der Parteileitung in Umlauf, das den Massenstreikbeschlüß des Mannheimer Parteitages in recht eigenartigem Lichte erscheinen läßt. Nachdem der Massenstreik als Kampfmittel einstweilen zurückgestellt sei, heißt es da, liege der Schwerpunkt der Parteitätigkeit demgemäß z. B. auf dem Gebiet der Vorbereitung und dem der Organisation. Als geeignet, den genannten Zwecken zu dienen und zugleich einen Ueberblick über die vorhandenen Kräfte zu geben, werden Demonstrationstreiks, d. h. allgemeine Arbeitseinstellungen empfohlen, die möglichst häufig in Anwendung zu bringen sind. Auf das sozialdemokratische Rundschreiben ist umso nachdrücklicher hinzuweisen, als das Ergebnis der Mannheimer Tagung ganz dazu angetan ist, eine gewisse Sorglosigkeit auf der Gegenseite aufkommen zu lassen.

— Ueber die Heimbeförderung der in Südwestafrika stehenden Truppen wird berichtet: Es werden bis zum April nächsten Jahres noch rund 5000 Mann aus Südwestafrika heimkehrende Truppen in Cuxhaven gelandet werden, womit dann insgesamt 7000 Afrika-Krieger in Cuxhaven an Land gebracht worden sind. Die nächsten Transporte treffen voraussichtlich am 10. und 11. d. M. mit dem am 20. Oktober von Smalopmund abgefahrenen „Eduard Boermann“ und des Reichspostdampfer „Prinzessin“ der Deutschen Ostafrika-Linie in Cuxhaven ein. Diese beiden Dampfer überbringen zusammen rund 1200 Mann. Ende November trifft hierauf noch ein weiterer Transport von 600—700 Mann ein. Nach Rückbeförderung der 7000 Mann verbleiben dann noch gleichfalls rund 7000 Mann kampffähige Truppen in Südwestafrika, deren Zurückberufung natürlich ganz von der Entwicklung der Lage in Afrika abhängt.

— Rußland. Ein Handstreich russischer Revolutionäre, der an die Köpenicker Gaunertat erinnert, wird aus Petersburg gemeldet. In der dortigen Ostaer Pulverfabrik wurden einem Beamten des Artillerierefforts, der mit zwei von fünf Unteroffizieren begleiteten Führern erschienen war, auf vorgewiesene Befehle des genannten Efforts hin 40 Pud Pulver und ein größeres Quantum Schießbaumwolle ausgefolgt. Später stellte es sich heraus, daß ein Betrug verübt worden war, die vorgezeigten Befehle trugen gefälschte Unterschriften. Die Nachforschungen nach den angeblichen Beamten blieben erfolglos.

— Warschau, 3. November. Als die Polizei gestern auf offener Straße einen Unbekannten verhaften wollte, versuchte dieser, ein Blatt aus seinem Paßbuch zu verschlucken, was ihm jedoch nicht gelang. Auf dem Blatt waren Notizen und Adressen verzeichnet, durch die die Polizei einer von einem russischen Beamten unterhaltenen Geheimdruckerei in der Leszcynastraße auf die Spur kam, wo vermutlich ein Blatt gedruckt wurde, das die Aufwiegelung des Militärs zum Zweck hatte. Mehrere Personen wurden verhaftet.

— England. Ueber die Vorbildlichkeit der „Dreadnought“ für den Kriegsschiffsbau wird geschrieben: Nicht die Schnelligkeit der Herstellung oder die Armierung